

Laut CEPAL (2018) erreichten die FDIs 2017 im argentinischen Bergbau-sektor das Niveau von 2010. Allein zum Vorjahr stieg die Höhe der FDIs um 253 Prozent an. Eine der größten Investitionen stellte hierbei der Erwerb von 50 Prozent der Anteile an der Mine Veladero dar, die das chinesische Staats-unternehmen Shandong Gold seitdem zusammen mit dem kanadischen Kon-zern Barrick Gold Corp. hält (CEPAL 2018). Die FDIs fließen mehrheitlich in Explorations von Goldlagerstätten. 2017 entfielen allein 48 Prozent der Ex-plorationsausgaben auf Gold. Diese werden mehrheitlich von transnationalen Bergbauunternehmen für Bergbauvorhaben getätigkt, die sich bereits in der Abbauphase befinden (Ministerio de Hacienda y Finanzas Pùblicas 2019).

### 5.3 Bergbau in den Provinzen Santa Cruz und San Juan

Bergbau ist in Argentinien Provinzangelegenheit. Nicht nur liegen die Kontroll- und Zugriffsrechte bei den Provinzregierungen, sondern auch die politökonomische Bedeutung des Goldbergbaus variiert im Vergleich der Provinzen zur nationalen Ebene. Gold, Silber, Kupfer und Molybdän machten 2014 etwa die Hälfte der gesamten Bergbauproduktion in Argentinien aus (Ministerio de Hacienda y Finanzas Pùblicas 2016: 9). Dabei konzentriert sich die Goldproduktion auf die Provinzen San Juan (50 %), Santa Cruz (32 %) und Catamarca (18 %). Es waren auch die Gouverneure dieser drei Provinzen, die sich in den 1990er Jahren an der Überarbeitung der nationalen Bergbaugesetzgebung beteiligten, mit denen die Provinzen signifikante Au-tonomien gegenüber der nationalen Regierung im Bergbausektor erhielten (Bottaro/Sola Álvarez 2014).

Obwohl Santa Cruz, San Juan und Catamarca heute von zentraler Bedeu-tung für die Entwicklung des industriellen Bergbaus in Argentinien sind, ver-zeichneten die Provinzen vor 1990 kaum metallische Bergbauaktivitäten (Be-navídez de Albar Díaz 2016; Schweitzer 2013). Die ersten industriellen Tage-baubergerwerke Cerro Vanguardia (Santa Cruz) und Bajo La Alumbrera (Cata-marca) fördern seit 1998 Gold, Silber und Kupfer. Mit der Inbetriebnahme der Mine Veladero 2005 wurde die Provinz San Juan neben Catamarca und Santa Cruz zum wichtigsten Goldproduzenten Argentiniens. Bereits 2006 machte die Goldproduktion in San Juan 60 Prozent der nationalen Goldproduktion Argentiniens aus (Acsebrud/Álvarez Huwiler 2014). Die industriellen Goldmi-nen in Argentinien mit der höchsten Jahresproduktion 2015/16 befinden sich in Santa Cruz (5), San Juan (3), Catamarca (1) (Secretaría de Minería 2017: 5).

2019 beherbergten San Juan und Santa Cruz allein zehn der 15 industriellen Minen, die aktuell in Argentinien in Betrieb sind.

Im Folgenden zeige ich anhand der Provinzen Santa Cruz und San Juan, wie die nationale Bergbaugesetzgebung von den Provinzregierungen in Provinzrecht umgesetzt wurde. Besonderes Augenmerk lege ich dabei auf die politökonomische Bedeutung des (Gold-)Bergbaus in beiden Provinzen sowie auf die Mechanismen, die zur Generierung höherer Staatseinnahmen aus der Bergbauförderung implementiert wurden. Abschließend diskutiere ich die Bedeutung der Gemeinden im politischen System Argentiniens und ihre Rolle im Kontext der Ausweitung industrieller Bergbauvorhaben.

### **5.3.1 Politökonomische Bedeutung, provinzeigene Unternehmen und Treuhandfonds**

Die Ausweitung des industriellen Goldbergbaus in San Juan und Santa Cruz spiegelt sich in der Exportstruktur der Provinzen wider. In Santa Cruz verzeichnete der Anteil an metallischen Ausfuhren seit Ende der 1990er Jahre einen kontinuierlichen Zuwachs. Zwischen 2014 und 2016 stieg der Anteil an Goldausfuhren von 35 auf 53,6 Prozent. Gold führt seitdem die Tabelle mit den zehn wichtigsten Exportprodukten an (Ministerio de Hacienda y Finanzas Pùblicas de la Nación 2015, 2018: 6). Mit der Entwicklung zahlreicher Bergbauvorhaben stellt die Förderung metallischer Rohstoffe in Santa Cruz den wichtigsten Wirtschaftssektor dar, während Öl-, Gas- und Kohleindustrie dahinter zurücktreten (Schweitzer, 2013; Galafassi, 2008). In San Juan liegt der Exportanteil von Metallen (Gold und Silber) noch höher als in Santa Cruz. 2018 machten Metalle etwa 73 Prozent der gesamten Ausfuhren der Provinz aus, gefolgt von Weinprodukten mit etwa 7,2 Prozent und Früchten mit 6,8 Prozent (Ministerio de Hacienda y Finanzas Pùblicas de la Nación 2019). Vor 2005 machten Früchte und Gemüsepflanzen noch etwa 50 Prozent der Exportgüter der Provinz aus (Acsebrud/Álvarez Huwiler 2014).

Gold aus San Juan wird in Form von Goldbarren aufgrund der Herkunft der Minenbetreiber fast ausschließlich nach Kanada exportiert. Die Goldbarren aus Santa Cruz werden in die Schweiz (76 %), die USA (11 %), nach Deutschland (6 %) und Südkorea (5 %) exportiert (Ministerio de Hacienda y Finanzas Pùblicas de la Nación 2018, 2019). Gemessen an der nationalen Goldproduktion in Argentinien produzieren Santa Cruz 31,7 Prozent (2014) des argentinischen Goldes und San Juan 42 Prozent (2017) (Ministerio de Hacienda y Finanzas Pùblicas de la Nación 2015, 2018: 6). Betrachtet man jedoch die

Gesamtausfuhren der Republik Argentinien, partizipieren Santa Cruz lediglich mit 3,6 Prozent (2016) und San Juan mit 2,1 Prozent (2018) daran. Dies zeigt die untergeordnete Rolle des Bergbausektors für die gesamtargentinische Exportwirtschaft.<sup>13</sup>

Die Provinzregierungen erhalten im Zuge der Provinzialisierung der Untergrundrohstoffe weitreichende Autonomien, die nationale Bergbaugesetzgebung in Provinzgesetze zu übertragen. Diese Übertragung der Kompetenzen führte in Santa Cruz und San Juan zur Ausweitung der institutionellen Verwaltungsstrukturen. In Santa Cruz ist das Bergbausekretariat, angegliedert an das Produktionsministerium, für das Anwerben von FDIs, die Verwaltung der Eigentumsrechte über die Untergrundrohstoffe sowie die staatlichen Umweltkontrollen zuständig. In San Juan erweiterte die Provinzregierung die Verwaltungsstruktur für Bergbauangelegenheiten. 2006 schuf sie ein Bergbauministerium, das für die Vergabe von Konzessionen, Umweltkontrollen, die Bewerbung des Bergbaus auf (inter-)nationalen Messen sowie die Ausweitung von Bildungsangeboten für den Bergbaubereich in Kooperation mit Bergbauunternehmen, NGOs und der Universität San Juan verantwortlich zeichnet (Acsebrud/Álvarez Huwiler 2014). Einer eigenständigen Behörde, die *Agencia de Desarrollo de Inversiones de San Juan*, wurde 2007 das Anwerben von FDIs für den Bergbausektor übertragen. Umweltkontrollen werden von den gleichen Behörden durchgeführt, die auch für die Vergabe von Explorations- und Förderkonzessionen zuständig sind, was nach Gutiérrez und Isuani (2014) deren untergeordnete Rolle widerspiegelt.

Die Lizenzgebühren, die Bergbauunternehmen gemäß dem nationalen Bergbaugesetz (*Ley 24.196*) in einer Höhe von bis zu 3 Prozent des Bruttowertes am Grubeneingang an die jeweilige Provinzregierung entrichten müssen, sind die zentrale Einnahmequelle für die Provinzen aus dem Bergbau. Weitere Abgaben und Steuern, die die Bergbauunternehmen an die nationale Regierung entrichten, erhalten die Provinzen nur mittelbar über das fiskalische Verteilungssystem, die *Coparticipación* (Kopartizipation). Im gesamtargentinischen Durchschnitt liegt die Höhe der Finanztransfers von der nationalen Ebene in die Provinzen bei etwa 30 Prozent. Sie richtet sich nach den jeweiligen finanziellen Bedürfnissen und ist das Ergebnis bilateraler Verhandlungen

---

<sup>13</sup> Die Daten sind den Wirtschaftsberichten *Informes Productivos Provinciales* entnommen, die vom nationalen Finanzministerium herausgegeben werden, aber auf Daten aus den Provinzen basieren. Die Veröffentlichung dieser Daten erfolgt unregelmäßig. Ich verwende hier die jeweils aktuellsten.

zwischen dem:r Gouverneur:in als Exekutive der Provinzen und der nationalen Regierung (Falleti 2010: 103). Die Provinz San Juan ist in hohem Maße von nationalen Finanztransfers der Zentralregierung in Buenos Aires abhängig. 2018 stammten 71 Prozent des Provinzbudgets aus Transferzahlungen (Ministerio de Hacienda y Finanzas Públicas de la Nación 2019). Im Vergleich dazu machten die Finanztransfers in Santa Cruz lediglich 40 Prozent des Provinzbudgets aus (Ministerio de Hacienda y Finanzas Públicas de la Nación 2018, 2019).

Die Verteilung der Lizenzgebühren als zentrale Einnahmequellen der Provinzen liegt in deren Entscheidungshoheit. San Juan und Santa Cruz haben unterschiedliche Verteilungsmodi implementiert:<sup>14</sup>

2016 machten die Lizenzgebühren in Santa Cruz 21,9 Prozent der gesamten Einnahmen der Provinz aus. Dies ist maßgeblich auf die hohe Bedeutung der Extraktion von fossilen Brennstoffen zurückzuführen, denn sie unterteilten sich in Öl (83,3 %) und Gas (7,6 %) sowie Bergbau (9,1 %) (Ministerio de Hacienda y Finanzas Públicas de la Nación 2018: 41). 70 Prozent der gesamten Lizenzgebühren stehen der Provinzregierung zur freien Verfügung, 10 Prozent fließen in das Budget des Bergbaussekretariats der Provinz (*Ley 2.332*). Die verbleibenden 20 Prozent fließen in einen provinzeigenigen Bergbaufonds (*Fondo Provincial Minero*), der der Provinzregierung untersteht (Art. 32, *Ley 1992*). Die 15 Gemeinden von Santa Cruz erhalten abhängig von der Bevölkerungsgröße einen prozentualen Anteil der Lizenzgebühren, und zwar als Teil der Finanztransfers, die die Provinz an die Gemeinden entrichtet (*El extremo sur de la Patagonia* 2012).

In San Juan regelt ein Provinzgesetz (*Ley 7281*) seit dem Jahr 2002 die Errichtung und Verteilung der Lizenzgebühren.<sup>15</sup> Nach Artikel 17 verbleiben von den Lizenzgebühren 55 Prozent bei der Provinzregierung, 12 Prozent stehen

<sup>14</sup> Die Höhe der Lizenzgebühren hängt von der Produktionsmenge, dem Goldpreis und Wechselkursschwankungen ab (Diario Once 2019). Verlässliche absolute Zahlen über die Einnahmen aus den Lizenzgebühren in den Provinzen zu erhalten, ist schwierig. Ich beschränke mich hier auf relationale Daten.

<sup>15</sup> Die ursprüngliche Fassung des Gesetzes aus dem Jahr 2002 sah vor, dass die Bergbauunternehmen auf Antrag bei der Abgeordnetenkammer der Provinz Abzüge von der Höhe der Lizenzgebühren vornehmen können, wenn sie Investitionen in Infrastruktur oder in die Energieversorgung tätigen. Dies führte zu Kontroversen, in deren Folge 2011 ein weiteres Gesetz (*Ley 8220*) erlassen wurde, das die Anrechnung von Infrastrukturausgaben auf die Höhe der Lizenzgebühren untersagt.

dem Bergbauministerium zur Verfügung. Die verbleibenden 33 Prozent erhält diejenige Gemeinde, in dessen Gebietskörperschaft sich die Mine befindet, für die das entsprechende Bergbauunternehmen Lizenzgebühren zahlt. Die geringere Anzahl an Goldminen in San Juan schlägt sich auch in der Höhe der Lizenzgebühren nieder, denn diese machen 2018 nur 1,6 Prozent des Provinzhaushalts aus (Ministerio de Hacienda y Finanzas Públicas de la Nación 2019; Moscheni/de la Torre 2017). Zwischen 2006 und 2016 machten die Lizenzgebühren, die die Provinzregierung über die Mine Veladero erhalten hat, 77,5 Prozent der gesamten Lizenzgebühren aus. Die verbleibenden Anteile teilen sich zu 16 Prozent auf die Mine Gualcamayo und zu 6,5 Prozent auf die Mine Casposo auf (Gobierno de San Juan 2017: 164).

Das nationale Bergbaugesetz lässt den Provinzen wenig Möglichkeiten, über den Bergbau Staatseinnahmen zu generieren. Aus diesem Grund haben sie bereits seit den 1980er Jahren Mechanismen entwickelt, mit denen sie höhere Staatseinnahmen von der Goldförderung abschöpfen können. Dazu gehören provinzeigene Unternehmen und Treuhandfonds, deren Funktion ich im Folgenden darlege.

Die nationale Bergbaugesetzgebung verbietet staatlichen Unternehmen grundsätzlich die direkte Beteiligung an der Extraktion von Rohstoffen. Provinzeigene Unternehmen gehen jedoch während der Explorationsphase Alianzen mit Bergbauunternehmen ein. In der daran anschließenden Förderphase bleiben die provinzeigenen Unternehmen Anteilseigner der Betreibergesellschaften. Auf diese Weise partizipieren die Provinzregierungen über eigene Unternehmen an den direkten Exportgewinnen (zur Übersicht siehe Murguía/Godfrid 2019). In den Verträgen, die provinzeigene Unternehmen mit den transnationalen Bergbauunternehmen zur Ausbeutung der Rohstoffvorkommen schließen, können sie weitere Forderungen verhandeln, wie Quoten für lokale Beschäftigung, den Materialeinkauf und die Entwicklung von Dienstleistungsunternehmen in den Abbauregionen (Haslam 2018).

In Santa Cruz gründete der damalige Gouverneur Néstor C. Kirchner 1988 das provinzeigene Unternehmen *Fomento Minero de Santa Cruz Sociedad del Estado* (kurz Fomicruz S.E., fortan Fomicruz). Fomicruz ist seit seiner Gründung im industriellen Bergbau sowie in der Erdöl- und Erdgasförderung tätig, verwaltet die Eigentumsrechte an den Rohstofflagerstätten und ist über Joint Ventures an mehreren Explorationsprojekten an der Förderung von Gas, Öl und metallischen Vorkommen beteiligt (Lauberer 2013: 102). Die prominente Einbindung in den Goldbergbau besteht über das Joint Venture mit dem transnationalen Bergbauunternehmen AngloGold Ashanti, bei der Fomicruz

seit 1996 7,5 Prozent der Anteile an der Betreibergesellschaft Cerro Vanguardia S.A. der Mine Cerro Vanguardia hält.

In San Juan gründete die Provinzregierung 1989 das provinzeigene Unternehmen IPEEM (Instituto Provincial de Exploraciones y Explotaciones Mineras), das alle Eigentumsrechte der Provinz über die Rohstofflagerstätten verwaltet. Im Goldsektor schloss IPEEM 1999 mit der Betreibergesellschaft der zukünftigen Mine Veladero ein Explorationsabkommen, in dem sich diese zur Zahlung eines sogenannten »Rechts auf Rohstoffeignung« (*derechos de explotación*) in Höhe von 0,75 Prozent der Lizenzgebühren an IPEEM verpflichtet (Haslam 2018; Knight Piésold LLC 2002).

Treuhandfonds (*fideicomiso, fondo fiduciario*) werden von den Provinzregierungen vor allem seit der zweiten Hälfte der Kirchner-Regierungen gegründet. Dieses sind vertraglich geregelte Abkommen zwischen einzelnen Bergbauunternehmen und der Provinzregierung, der sie direkt unterstehen. Die Gelder der Fonds deklarieren die Provinzregierungen als staatliche Investitionen in die soziale Infrastruktur. Es sind jedoch die Bergbauunternehmen, die entweder eine einmalige Summe an den Fonds entrichten oder während der Lebensdauer ihrer Mine einen jährlichen Prozentsatz, der sich auf etwa 1 bis 1,5 Prozent der Umsatzbeteiligung beläuft, einzahlen. Einige Autor:innen ordnen die Treuhandfonds als eine Reaktion der Provinzregierungen ein, auf die zunehmenden Konflikte um Bergbau zu reagieren, indem sie den Gemeinden durch Kooperationen mit den Bergbauunternehmen weitere Versprechen auf »mehr Entwicklung« und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur entgegensezten (Haslam 2018; Murguía/Godfrid 2019: 156f.).

San Juan war die erste Provinz, die 2008 einen Treuhandfonds für die Mine Gualcamayo einrichtete, gefolgt von weiteren Fonds für die Bergbauprojekte Pascua Lama (2010), Casposo (2010) und Veladero (2011). Die Provinzen Catamarca und Santa Cruz gründeten 2015 beziehungsweise 2016 und 2018 Treuhandfonds (Murguía/Godfrid 2019). Die Verwaltung des Treuhandfonds übernimmt in der Regel ein Gremium, das aus Vertreter:innen verschiedener Ministerien und der beteiligten Bergbauunternehmen besteht. Die Besetzung des Verwaltungsgremiums ist zudem Ausdruck für die Einführung privat-öffentlicher Strukturen, bei denen Vertreter:innen der Bergbauindustrie an den Entscheidungen über öffentliche Investitionen beteiligt sind.

### 5.3.2 Die Rolle der Gemeinden

Im politischen System Argentiniens bilden die Gemeinden (*municipios*) die unterste Verwaltungsebene. Nach der Verfassung von 1994 wird die kommunale Autonomie durch Provinzgesetze geregelt (Gorla 2007). Der Gemeinde steht eine direkt gewählte Exekutive vor, die aus dem:der Bürgermeister:in (*intendente*) besteht. Der Gemeinderat (*Concejo Deliberante*) besteht aus fünf Mitgliedern und ist das legislative Organ, auf das sich die parteipolitischen Mehrheiten der Kommunalwahlen verteilen.<sup>16</sup> Die Wahl des:der Bürgermeister:in und des Gemeinderates findet alle vier Jahre gleichzeitig mit der Direktwahl des:der Provinzgouverneur:in statt. Der Gemeinderat arbeitet Verordnungen (*ordenanzas*) aus, die die Aktivitäten in der Gemeinde betreffen und nicht in die Gesetzgebung der Provinz oder des Landes fallen (Gobierno de San Juan 2017: 188; Hänsch/Riekenberg 2008). Die Verwaltung, die dem:der Bürgermeister:in untersteht, ist in Sekretariate und Direktionen verschiedener Politikbereiche unterteilt (z.B. Bergbau, Tourismus, Soziales, Kultur), die für die Umsetzung von politischen Programmen (z.B. Sozialfürsorge, Bildungs-, Gesundheits- oder Wohnungsprogramme) der nationalen oder Provinzregierung zuständig sind.

Die Zuständigkeit der Gemeinden erstreckt sich auf das Gesundheitswesen, die Kinderbetreuung und eine Reihe weiterer (infrastruktureller) Güter und Leistungen wie Straßenbeleuchtung, Müllabfuhr oder Landnutzung. Die Gemeinden erheben – bis auf wenige Ausnahmen – keine eigenen Steuern und sind von Finanztransfers der Provinz- beziehungsweise der nationalen Regierung abhängig. Grundsätzlich sind die Provinzen für die Bereitstellung öffentlicher Güter und Leistungen verantwortlich.<sup>17</sup> Die Implementierung von Politikprogrammen und die Auswahl der Empfänger:innen von Gütern und Leistungen übernehmen hingegen die Gemeinden (Moscovich 2015: 12). Die Gemeinden erhalten hierfür kaum finanzielle Anreize, was nicht sel-

- 
- <sup>16</sup> Der Gemeinderat besteht aus mindestens fünf Gemeinderät:innen und einem:r weiteren:r Gemeinderät:in pro 15.000 Einwohner:innen, jedoch nicht mehr als zwölf. Der:die Bürgermeister:in wird direkt mit einfacher Mehrheit gewählt.
- <sup>17</sup> Die Provinzen generieren eigene Steuereinnahmen über Einkommens- und Körperschaftssteuer, Grundsteuer, Stempelsteuer sowie KFZ-Steuer (Von Haldenwang/Gordin 2010: 149). In den Kompetenzbereich der Provinzen fällt die Bildungs- und Gesundheitspolitik ebenso wie die Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur (z.B. Energie, Straßen, Wasser, Abwasser).

ten zu einer Vernachlässigung der Implementierung von Programmen führt (Fenwick 2010: 169).

Darüber hinaus sind die Gemeinden Adressaten für ihre Einwohner:innen, wenn Probleme bei der Qualität oder dem Vorhandensein öffentlicher Dienstleistungen bestehen. Beispielsweise kam es in Santa Cruz 2017 in vielen Gemeinden zu monatelangen Streiks der Lehrkräfte an Schulen, die aufgrund leerer Provinzkassen keine Gehälter erhielten (El Cronista 2017). Die Eltern äußerten den Unmut über geringe Bildungsbudgets und fehlenden Schulunterricht vor allem gegenüber den Gemeindeverwaltungen, in deren Zuständigkeitsbereich sich die Schulen befinden. Die gegenwärtige Bildungssituation lässt sich auf die Folgen der Dezentralisierungsmaßnahmen seit den 1970er Jahren zurückführen. Im Bereich der Bildungspolitik wurden 1978 die Aufgaben für den Primarschulbereich auf die Provinzen übertragen, gefolgt vom Sekundarschulbereich 1992 (Falletti 2010; Oelsner 2016). Die Instandhaltung von Schulgebäuden, die Finanzierung von Bildungsmaterialien sowie die Bezahlung der Lehrkräfte liegen seitdem im Kompetenzbereich der Provinzen. Diese als administrative Dezentralisierung bezeichnete Aufgabenverlagerung auf die Provinzen erfolgte zunächst ohne die Übertragung finanzieller Ressourcen, erst 1988 wurde auch eine finanzielle Dezentralisierung beschlossen (Falletti 2010: 81ff.). Bis heute weist das argentinische Bildungssystem hohe regionale Disparitäten zwischen den Provinzen auf, die anhand des Bildungsangebots und der -qualität in den Gemeinden sichtbar sind (Dussel 2004; Peters 2016).

Da in den Gemeinden die Umsetzung der politischen Programme stattfindet, indem zum Beispiel die Empfänger:innen dieser Programme bestimmt werden, werden sie vor allem von der nationalen Regierung als Orte wahrgenommen, die Wählerstimmen sichern können. Die politische und wirtschaftliche Krise Argentiniens 2001 führte dazu, dass die Bürgermeister:innen als Exekutive der Gemeinden eine stärkere Rolle in der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen und in der Umsetzung nationaler Regierungsprogramme einnahmen (Falletti 2010). Vor allem die Kirchner-Regierungen gingen dazu über, Programme (z.B. Sozial- oder Arbeitslosenhilfe) zunehmend direkt auf kommunaler Ebene, also ohne Einbindung der Provinzen, implementieren zu lassen. Die nationale Regierung bemüht sich seitdem um die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, um landesweit Unterstützung zu gewinnen und ihre politischen Ziele zu verfolgen. Vor allem die direkte Zusammenarbeit mit den Bürgermeister:innen ist relevant, da diese über einen direkten, individuellen

Kontakt zu den Einwohner:innen ihrer Gemeinden verfügen (Fenwick 2010; Moscovich/Brusco 2018).

Die finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden von der Provinz bedingt sich wechselseitig mit personellen Abhängigkeiten über die Parteizugehörigkeit. Trifft die Gemeinde bei der Implementierung eines Politikprogramms beispielsweise Entscheidungen, die nicht der Direktive der Provinzregierung entsprechen, kann dies Kürzungen ihres Gemeindebudgets durch die Provinz zur Folge haben (Fenwick 2010: 175; Gervasoni 2010). Gleichzeitig stellen Einnahmen aus nationalen Programmen für die Gemeinden finanzielle Alternativen zu den Einkünften aus Finanztransfers der Provinz dar. Gerade durch die Tatsache, dass Gouverneur:innen Mittel aus nationalen Haushalten und Programmen nicht selten nach eigenem Ermessen verteilen, um ihre eigene Wähler- und Patronagebasis zu bedienen, kontrollieren sie gleichzeitig die öffentlichen Ausgaben und Wirtschaftsaktivitäten der Provinz. Dies kann vor allem bei abweichenden Parteiallianzen zwischen Bürgermeister:in und Gouverneur:in zu Kürzungen führen (Moscovich/Brusco 2018; siehe auch Auyero 2016; Szwarcberg 2010).

Die Ausweitung industrieller Bergbauvorhaben bringt, wie schon erwähnt, für die Gemeinden kaum staatliche Einnahmen. Alle Steuern und weitere Abgaben führen die Bergbauunternehmen in der Regel an die Provinz- oder nationale Regierung ab. Eine Ausnahme stellt hier die Provinz San Juan dar, in der die Gemeinden, die in ihrer Gebietskörperschaft ein Bergbauprojekt beherbergen, prozentual an den Lizenzgebühren beteiligt sind. Allgemein führt die fehlende finanzielle Beteiligung der Gemeinden an den Staatseinnahmen aus dem Bergbausektor zu Auseinandersetzungen zwischen den Gemeinden und der Provinz. Ein zentraler Kritikpunkt der Gemeinden sind die höheren Ausgaben für den Ausbau und die Instandhaltung der öffentlichen Infrastruktur, die aufgrund des signifikanten Bevölkerungsanstiegs infolge der Ansiedlung von Minen und Betreibergesellschaften in ihren Gebietskörperschaften notwendig werden (Interview #2SCRG17).

Erhalten Gemeinden durch eine spezifische Provinzregulierung Anteile der Lizenzgebühren, obliegt ihre Verteilung weitestgehend dem:der Bürgermeister:in. Dies ist jedoch keine Besonderheit des Bergbausektors. Vielmehr ist die relative Autonomie des:der Bürgermeisters:in gegenüber dem Gemeinderat als legislatives Organ symptomatisch für Macht- und Entscheidungsverhältnisse auf Gemeindeebene. Der Gemeinderat und auch der Verwaltungsapparat der Gemeinde sind auf die Interessen des:der Bürgermeisters:in ausgerichtet, der:die die wesentlichen Entscheidungen in der

Gemeinde fällt (Burchardt 2001: 341). Beispielsweise ist die Haushaltskontrolle des Gemeinderates in der Praxis nur schwach ausgeprägt. Darüber hinaus bestimmt auch die Parteizugehörigkeit des:der Bürgermeister:in interessengeleitete Entscheidungen. Die ausgeprägte Patronagepolitik trägt nicht zuletzt dazu bei, dass nach Wahlen sowohl auf Gemeinde- als auch auf Provinzebene politische Ämter nach Parteizugehörigkeiten vergeben werden. Dies verhindert nicht selten eine Kontinuität von Expertise und politischen Leitlinien und führt gleichzeitig dazu, dass die Gemeindeverwaltungen einen großen Stab an Beschäftigten haben mit dem sie politische Gefälligkeiten bedienen (Hartmann 2017).

## 5.4 Zwischenfazit

In diesem Kapitel habe ich meine kollektive Fallstudie zu den Minen Cerro Vanguardia und Veladero in die regionalen Dynamiken der Ausweitung industrieller Bergbauvorhaben eingebettet. Seit den 1990er Jahren findet eine geographische Restrukturierung von ausländischen Kapitalinvestitionen statt, die zunehmend in den lateinamerikanischen Bergbausektor fließen. Diese ist unter anderem auf die Liberalisierung der nationalen Bergbaugesetzgebungen und technologischen Innovationen im Bereich der Fördermethoden zurückzuführen. Vor allem die industrielle Gewinnung von Gold in Tagebaubergwerken erfordert einen hohen Einsatz an Ressourcen, deren Verwendung und mögliche sozialökologische Auswirkungen häufig zu Konflikten in Abbauregionen führen.

Argentinien führte in den 1990er Jahren eine Reformierung der nationalen Bergbaugesetzgebung durch, die die Grundlage einer erstmaligen Förderung von Metallen im großen Stil darstellt. Aufgrund der föderalen Struktur Argentiniens bildet das nationale Bergbaugesetzbuch einen übergeordneten Regulierungsrahmen. Die Provinzen als Eigentümer von Untergrundrohstoffen setzen diesen in Provinzrecht um. Ebenso verfügen sie über Kontroll- und Zugriffsrechte über den Bergbausektor. Dies hat im Laufe der 2000er Jahre dazu geführt, dass – auch bedingt durch Konflikte um Bergbau – einige Provinzen eine restriktive Gesetzgebung erlassen haben und die industrielle Förderung im Tagebau sowie den Einsatz der Chemikalie Zyanid verboten.

Die relative Autonomie der Provinzregierungen gegenüber der nationalen Regierung hat zudem dazu geführt, dass die Ausgestaltung der Bergbaugesetzgebung in den Provinzen Besonderheiten wie die Verteilung der Lizenz-